



Darstellung der Ansätze für die Primärprävention in den mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten Mitgliedstaaten

Verfasst von **Jacek Purski & Przemysław Witkowski**,
externe RAN-Experten

Radicalisation Awareness Network

RAN 
Practitioners

Darstellung der Ansätze für die Primärprävention in den mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten Mitgliedstaaten

RECHTLICHER HINWEIS

Dieses Dokument wurde für die Europäische Kommission erstellt, spiegelt jedoch nur die Ansichten seiner AutorInnen wider. Die Europäische Kommission ist nicht haftbar für die Folgen einer Weiterverwendung dieser Publikation. Weitere Informationen zur Europäischen Union finden Sie online unter <https://www.europa.eu>.

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2023

© Europäische Union, 2023



Die Weiterverwendung von Kommissionsdokumenten wird durch den Beschluss der Kommission 2011/833/EU vom 12. Dezember 2011 geregelt (ABl. L 330, 14.12.2011, S. 39). Sofern nicht anders angegeben, unterliegt die Weiterverwendung dieses Dokuments der Creative-Commons-Lizenz „Namensnennung 4.0 International“ (CC-BY 4.0) (<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>). Das bedeutet, dass Sie dieses Material unter Angabe des Urhebers oder der Urheberin und Kenntlichmachung von Änderungen nutzen dürfen.

Zur Nutzung oder Vervielfältigung von Elementen, die nicht Eigentum der Europäischen Union sind, muss ggf. die Erlaubnis der jeweiligen RechteinhaberInnen eingeholt werden.

Definitionen wichtiger verwendeter Begriffe

Gewaltbereite ExtremistInnen sind Personen, die Gewalt zur Durchsetzung einer extremistischen Ideologie befürworten und/oder Teil von Gruppen oder Bewegungen sind, die diese Einstellung propagieren. Gewaltbereiter Extremismus bezieht sich auf „Überzeugungen und Handlungen von Menschen, die ideologische, religiöse oder politische Ziele mit Gewalt erreichen wollen“. Diese können Terrorismus und andere Arten politisch motivierter Gewalt beinhalten ⁽¹⁾.

Gewaltbereite RechtsextremistInnen sind gewaltbereite ExtremistInnen, die der extremen Rechten zuzuordnen sind. Zu dieser Kategorie gehören primär: Neonazi-Bewegungen, islam- und migrationsfeindliche Bewegungen, identitäre Bewegungen, ultranationalistische und neofaschistische Bewegungen, Bewegungen der extremen Rechten, die den Staat nicht als Souverän anerkennen, ExtremistInnen mit konkretem inhaltlichem Fokus wie Incels oder ImpfgegnerInnen sowie separatistische Bewegungen ⁽²⁾.

Prävention und Bekämpfung des gewaltbereiten Extremismus (P/CVE): proaktive, zwangsfreie Maßnahmen zur Bekämpfung von Bestrebungen gewaltbereiter ExtremistInnen, AnhängerInnen zu rekrutieren, zu radikalieren und zur Gewalt anzustacheln, sowie Maßnahmen zur Beeinflussung spezifischer Faktoren, die die Rekrutierung und Radikalisierung gewaltbereiter ExtremistInnen ermöglichen und erleichtern ⁽³⁾.

Liste der Abkürzungen

MOE: Mittel- und Osteuropa

COVID-19: Kurz für Coronavirus Disease 2019; eine ansteckende, durch den Virus Severe Acute Respiratory Syndrome Coronavirus 2 (**SARS-CoV-2**) verursachte Erkrankung

EU: Europäische Union

LGBTQ+: Akronym für „Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender, Queer/Questioning und mehr“

MMA: Mixed Martial Arts

NATO: North Atlantic Treaty Organization (Nordatlantikpakt-Organisation)

NRO: Nichtregierungsorganisation

RAN: Radicalisation Awareness Network

VIE: Violent Islamist Extremists, gewaltbereite islamistische ExtremistInnen

5G: Breitband-Mobilfunkstandard der 5. Generation

⁽¹⁾ UNODC, *The Doha Declaration: Promoting a culture of lawfulness* (2018).

⁽²⁾ Pauwels, *Heutige Erscheinungsformen des gewaltbereiten Rechtsextremismus in der EU: Ein Überblick über Praktiken der P/CVE-Arbeit* (2021).

⁽³⁾ Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, *A Whole-of-Society Approach to Preventing and Countering Violent Extremism and Radicalization That Lead to Terrorism. A Guidebook for Central Asia* (2020).

Zielsetzungen

Neben Wirtschaftskrisen, Epidemien und Pandemien mit neuartigen Viren und einem zunehmenden Ungleichgewicht in der weltpolitischen Ordnung aufgrund neuer militärischer und handelspolitischer Konflikte ist in vielen Teilen der Welt eine Verschärfung der Radikalisierungsprozesse zu beobachten. Eines der EU-Gebiete, in dem sich diese Entwicklung feststellen lässt – insbesondere unter den gewaltbereiten RechtsextremistInnen – ist Mittel- und Osteuropa (MOE). Hier ist dieser Prozess begleitet von dauerhaft schwelenden ethnischen Konflikten, der Tatsache, dass die Region an ein Land mit einem aktiven bewaffneten Konflikt grenzt, der COVID-19-Pandemie, der Wirtschafts- und Ressourcenkrise und der Einflussnahme externer AkteurInnen. Gleichzeitig unterscheiden sich diese Probleme in vielerlei Hinsicht von jenen, mit denen die westeuropäischen Länder konfrontiert sind. Die Schwierigkeiten mit gewaltbereitem Rechtsextremismus sind in den mittel- und osteuropäischen EU-Staaten sehr viel stärker ausgeprägt, die Probleme mit gewaltbereiten LinksextremistInnen und islamistischen ExtremistInnen deutlich weniger akut. Deshalb ist es wichtig, die bewährten Praktiken zur Prävention und Bekämpfung des gewaltbereiten Extremismus (P/CVE) auf lokaler und regionaler Ebene zu untersuchen und zu erörtern.

Ziel dieses Beitrags ist eine Bestandsaufnahme der Ansätze und Praktiken, die von primärpräventiv tätigen PraktikerInnen wie Sozial- und FamilienarbeiterInnen, Lehrkräften, Fachkräften für psychische Gesundheit, BeamtInnen der Strafverfolgung und örtlichen Behörden in den mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten (Bulgarien, Tschechische Republik, Kroatien, Litauen, Ungarn, Polen, Rumänien, Slowenien und Slowakei) entwickelt wurden und zur Anwendung kommen. Darüber hinaus sollen einige Beispiele vorgestellt werden, die als Inspiration für die Primärprävention von Radikalisierung in diesem Teil der EU dienen können. Die folgende Übersicht umfasst Projekte und Praktiken, die speziell auf die Prävention von gewaltbereitem Extremismus und Radikalisierung zugeschnitten sind. Sie berücksichtigt aber auch Maßnahmen, die sich gegen verwandte Phänomene wie Hetze und Hassverbrechen, Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Polarisierung richten, soweit sie für die P/CVE-Arbeit und die Bedürfnisse der PraktikerInnen relevant sind. Geschlechtsspezifische Aspekte der P/CVE-Arbeit sowie die behördenübergreifende Zusammenarbeit in den jeweiligen Praktiken/Bereichen wurden ebenfalls einbezogen und gegebenenfalls hervorgehoben. Auf der Grundlage einer Analyse der durchgeführten praktischen Arbeit und bestimmter Fälle bietet dieser Beitrag einen Überblick über verschiedene vielversprechende Praktiken, Modelle und/oder Ansätze in den einzelnen Ländern sowie über Bereiche, in denen künftig primärpräventive Ansätze für PraktikerInnen entwickelt werden sollten.

Methodik

Für die Arbeit an diesem Beitrag wurden inspirierende Praktiken und Programme aus den MOE-Ländern ausgewählt. Um diese Auswahl zu treffen, wurden die in der RAN-Sammlung zusammengestellten Programme und Praktiken ausgewertet. Doch auch wenn diese Sammlung einige inspirierende und bewährte Praktiken aus den EU-Mitgliedstaaten Mittel- und Osteuropas enthält, gibt es noch viele weitere, die bislang nicht systematisch gesichtet und auf breiter Basis mit der P/CVE-Community der EU geteilt wurden. Diese Praktiken wollten die Autoren durch Recherchen und Gespräche mit den wichtigsten Interessengruppen ermitteln. Zu diesem Zweck wurden 23 Interviews mit Organisationen und PraktikerInnen aus der MOE-Region geführt, unter anderem mit dem Center for the Study of Democracy (BG), PATRIR (RO), dem Institut für soziale Sicherheit (PL), Political Capital (HU), Debunk EU (LT), Partners for Democratic Change Slovakia (SK) sowie mit Personen, die im P/CVE-Bereich für staatliche Institutionen in sechs Ländern der Region arbeiten. Darüber hinaus werteten die Autoren Programme, bewährte Praktiken und Kampagnen in den mittel- und osteuropäischen EU-Ländern (z. B. YouthRightOn und OneBraveThing), Ergebnisse großer EU-finanzierter Projekte in der Region (z. B. CHAMPIONS, CEE Prevent Net, Firstlinepractitioners.com, INDEED, PARTICIPATION) sowie strategische und politische Dokumente der MOE-Staaten aus.

Um einen besseren Überblick über die Programme, Praktiken und Instrumente der Primärprävention sowie über die beteiligten AkteurInnen zu gewährleisten, wurden die P/CVE-Maßnahmen von den Autoren in folgende Hauptkategorien unterteilt:

- Bildungsmaßnahmen
- Familien- und Jugendarbeit
- Sensibilisierungs- und Kommunikationskampagnen
- Schulungen für PraktikerInnen, Kapazitätsaufbau
- Gesellschaftliches Engagement
- Zusammenarbeit und Partnerschaften mehrerer Interessengruppen (auf lokaler und nationaler Ebene)

Spezifische Merkmale der Region

Der wichtigste Aspekt, der bei der Analyse der in den MOE-Ländern verfolgten Praktiken und Ansätze zu berücksichtigen ist, sind die regionalen Besonderheiten. Sie schaffen Bedingungen, die sich aus mehreren Gründen stark von denen unterscheiden, unter denen P/CVE-AkteurInnen in Westeuropa arbeiten. Folgende Unterschiede sollten beachtet werden:

- **Praktisch kein (gewaltbereiter) islamistischer Extremismus und ein relativ geringer Anteil von MuslimInnen an der Gesamtbevölkerung.** Die meisten MuslimInnen in den EU-Staaten Mittel- und Osteuropas gehören zur einheimischen Bevölkerung und sind seit Jahrhunderten kulturell und religiös in der Region verwurzelt. Sie sind gut in andere kulturelle und religiöse Gemeinschaften integriert, ohne dass nennenswerte islamistisch-extremistische Radikalisierungstendenzen zu beobachten wären ⁽⁴⁾. Diese Situation unterscheidet sich von der Situation im westlichen Teil Europas, wo das Problem des (gewaltbereiten) islamistischen Extremismus sehr viel ausgeprägter ist ⁽⁵⁾. Daraus folgt, dass P/CVE-Aktionsmuster nicht eins zu eins übertragen werden können. Programme in diesem Bereich müssen in enger Zusammenarbeit mit den MOE-Partnern des öffentlichen und des Nonprofit-Sektors entwickelt werden, um eine Fehlleitung von Finanzmitteln und die Lösung nicht vorhandener Probleme in der Region zu vermeiden. Auf diese Weise können die Programme nicht nur mehr Wirkung erzielen, auch die Mittel für die P/CVE-Arbeit lassen sich sinnvoller zuweisen.
- **Die schwache Ausprägung des (gewaltbereiten) Linksextremismus und der geringe Radikalisierungsgrad dieses Teils der politischen Szene.** Heute spielt die Radikalisierung dieser ideologischen Schattierung in der Region eine untergeordnete Rolle. Die marxistischen Kreise (KommunistInnen, TrotzkiInnen, MaoistInnen, StalinistInnen usw.) haben einen sehr schwachen Einfluss. Etwas stärker vertreten sind die AnarchistInnen mit insgesamt ca. 20–30 Begegnungsstätten in den oben genannten Ländern ⁽⁶⁾. Sie sind auch in der Arbeiter-, Umwelt- und Tierrechtsbewegung sowie in der Kampfkunst aktiv. Die meisten Anarcho-AktivistInnen zeigen jedoch keine gewalttätigen Tendenzen. Solche Aktivitäten sind eher bestimmten Einzelpersonen oder Gruppen als der lokalen anarchistischen Bewegung als solcher zuzuschreiben. Am auffälligsten sind die gewalttätigen Tendenzen dieser Gruppen bei der Bekämpfung von (gewaltbereiten) RechtsextremistInnen oder bei Sabotageaktionen gegen die Abholzung von Wäldern oder die industrielle Tierhaltung ⁽⁷⁾. Eine kleine Zahl von Freiwilligen dieses Milieus kämpft auch auf ukrainischer Seite im russischen Angriffskrieg ⁽⁸⁾. Es bleibt offen, ob diese Kreise im Hinblick auf eine mögliche weitere Radikalisierung und den Einfluss externer AkteurInnen auf die extreme Linke in der EU (wie beispielsweise durch die Geheimdienste der Russischen Föderation oder der Volksrepublik China) beobachtet werden sollten.

⁽⁴⁾ Górak-Sosnowska (Hrsg.), *Muslims in Poland and Eastern Europe Widening the European Discourse on Islam* (2011).

⁽⁵⁾ Zhirkov, Verkuyten, Weesie, *Perceptions of world politics and support for terrorism among Muslims: Evidence from Muslim countries and Western Europe* (2014).

⁽⁶⁾ Wennerhag, *Anarchists in Eastern and Western Europe – a Comparative Study* (2012–16).

⁽⁷⁾ Farinelli, Marinone, *Gewaltbereiter linker und anarchistischer Extremismus in der EU heute: Eine Analyse bestehender Gefahren und möglicher Ansätze für die P/CVE-Arbeit* (2021).

⁽⁸⁾ Rękawek (Hrsg.), *Western extremists and the Russian invasion of Ukraine in 2022* (2022).

- **Starke nationalistische Gruppen.** Ein sehr charakteristisches Merkmal der mittel- und osteuropäischen EU-Staaten ist der Nationalismus und sein wichtiger Platz im politischen Diskurs⁽⁹⁾. In einer beträchtlichen Anzahl an Ländern dieser Region sind Parteien, die sich zur nationalistischen Ideologie bekennen, wichtige Akteurinnen der politischen Szene. Dort erzielen rechtspopulistische Parteien gute Wahlergebnisse⁽¹⁰⁾. Infolgedessen hat sich der politische Diskurs im Vergleich zu den westeuropäischen Ländern deutlich nach rechts verschoben. Die Standards in den politischen Debatten, die historische Perspektive sowie das Ausmaß von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Hetze unterscheiden sich erheblich von der westeuropäischen EU. Radikalisierung findet in der MOE-Region vor allem innerhalb dieser Ideologie statt. Deshalb müssen Aktivitäten und Ressourcen in erster Linie auf diesen Bereich ausgerichtet werden.
- **Hooliganbanden.** Ein Faktor von großer Bedeutung in der Region sind die Hooliganbanden, die in erster Linie im Fußball zu beobachten sind⁽¹¹⁾. Sie weisen eine starke Tendenz zur Gewalttätigkeit auf und sind aufgrund ihres Kults um körperliche Stärke, Gewalt und Hierarchien für gewaltbereite RechtsextremistInnen eine wertvolle Rekrutierungsquelle für neue Mitglieder. Darüber hinaus belegen zahlreiche soziologische Studien ihre rechtsgerichtete, nationalistische und fremdenfeindliche Orientierung⁽¹²⁾, die die Bedeutung und das Gewicht des gewaltbereiten Rechtsextremismus in der Region verstärken. Gleichzeitig lohnt es sich, den Beziehungen der Hooliganbanden (die sich primär im Bereich Fußball und Mixed Martial Arts formieren) Beachtung zu schenken: Verbindungen bestehen nicht nur zu gewaltbereiten RechtsextremistInnen⁽¹³⁾, sondern auch zur organisierten Kriminalität⁽¹⁴⁾.
- **Kurze demokratische Traditionen, autoritäre Tendenzen und illiberale Demokratien.** Die MOE-Region hat eine kurze demokratische Tradition. In der entscheidenden Phase der modernen Geschichte wurden viele Länder Mittel- und Osteuropas von undemokratischen Monarchien, Regimes, die sich auf totalitäre politische Systeme stützten (Faschismus, Bolschewismus), und lokalen autoritären Regimes regiert. Ähnliche Traditionen sind in dieser Region auch heute noch lebendig, was sich in der Bildung von illiberalen demokratischen Regierungen niederschlägt⁽¹⁵⁾.
- **Verschwörungsnarrative und Desinformation.** Geringe Ausgaben für Wissenschaft und Bildung in der postsowjetischen Ära, zunehmende politische und militärische Instabilität außerhalb der EU-Grenzen, wiederholte Wirtschaftskrisen, die Popularität sozialer Medien und der Einfluss externer AkteurInnen sowie das Misstrauen gegenüber staatlichen Behörden, das mit der autoritären Vergangenheit vieler dieser Länder zusammenhängt: All dies sind Faktoren, die zur zunehmenden Beliebtheit von Verschwörungsmysmen in der Region beitragen, sowohl im Hinblick auf wissenschaftliche (Impfungen, 5G-Telefonie, COVID-19 usw.) als auch auf politische Entwicklungen (Antisemitismus, Homophobie usw.)⁽¹⁶⁾.
- **Der Einfluss Russlands.** Der Einfluss von Spezialeinheiten und der russischen Diplomatie auf die mittel- und osteuropäischen EU-Staaten ist seit dem Einmarsch der Streitkräfte der Russischen Föderation in die Ukraine ein besonders ernstzunehmender Faktor. Bereits seit Anfang der 2000er Jahre war zu beobachten, dass die Russische Föderation (gewaltbereite) Rechts- und LinksextremistInnen unterstützte, ganz im Sinne der „Allianz der Extreme“⁽¹⁷⁾. Gegenwärtig sind die Länder der östlichen EU von besonderem Interesse für Russland, das in seinem Bestreben, die politische Lage in der Region zu destabilisieren, verschiedene, oft marginale und gewaltbereite politische Gruppen und Nischenprotestgruppen unterstützt⁽¹⁸⁾. Infolgedessen sind die Gesellschaften dieser EU-Region besonders anfällig für Desinformation und die Auswirkungen der Informationskriegsführung, wie Fake News, Verschwörungsmysmen oder die Verstärkung der sozialen Polarisierung durch externe AkteurInnen.

⁽⁹⁾ Liger, Gutheil, *Right-wing extremism in the EU* (2022), S. 31–33, 44–46, 49–51, 99–100, 131–133, 147–148.

⁽¹⁰⁾ Ágh, *Declining Democracy in East-Central Europe – The Divide in the EU and Emerging Hard Populism* (2019).

⁽¹¹⁾ Carr, Parnell, Widdop, Power, Millar (Hrsgg.), *Football, Politics and Identity* (2021).

⁽¹²⁾ Benedikter, Wojtaszyn, *Football politics in Central Eastern Europe: a symptom of growing anti-Europeanism and anti-globalization?* (2018).

⁽¹³⁾ Claus, *Ihr Kampf. Wie Europas extreme Rechte für den Umsturz trainiert* (2020).

⁽¹⁴⁾ Superwizjer TVN, „Postuszeństwo wymusza, używając maczet i tasaków“. *Kariera Olgierda L. z Trójmiasta* (2019).

⁽¹⁵⁾ Krastev, *Eastern Europe's Illiberal Revolution: The Long Road to Democratic Decline* (2018).

⁽¹⁶⁾ Astapova, Colăcel, Pintilescu, Scheibner (Hrsgg.), *Conspiracy Theories in Eastern Europe. Tropes and Trends* (2021).

⁽¹⁷⁾ Shekhovtsov, *Russia and the Western Far Right. Tango Noir* (2017).

⁽¹⁸⁾ Ebd.

- **Die Nähe zum Ukraine-Krieg.** Auch die Verschärfung des seit 2014 andauernden Konflikts in der Ukraine und das breite Engagement von Freiwilligen, die aus anderen als den unmittelbar am bewaffneten Konflikt beteiligten Ländern stammen⁽¹⁹⁾, tragen zur Intensivierung der Radikalisierungstendenzen in der Region und zur Stärkung lokaler extremistischer Gruppen bei⁽²⁰⁾. Die Kampfausbildung und die einfache Beschaffung von Waffen, die mit einem bewaffneten Konflikt einhergehen, machen die Militarisierung der MOE-Staaten spürbar. Auch die Zunahme paramilitärischer Gruppen und der „Prepper“ sowie die Tendenz zu Forderungen, den Zugang zu Waffen zu erleichtern, verdeutlichen diese Entwicklung⁽²¹⁾. Das hat zur Folge, dass die unmittelbare Gefährdung durch bewaffnete extremistische Gruppen und die terroristische Bedrohung in der Region zunimmt.
- **Geringe Aktivität des Staates im Bereich P/CVE.** Gleichzeitig werden in den MOE-Ländern P/CVE-Programme in relativ bescheidenem Umfang durchgeführt, da die Regierungen das Problem häufig unterschätzen. Zurückzuführen ist dies auf die geringe Präsenz des Themas Radikalisierung im wissenschaftlichen Diskurs, den starken Einfluss des Nationalismus auf die politische Szene sowie die illiberalen Tendenzen in dieser Region. In der allgemeinen Wahrnehmung der mittel- und osteuropäischen EU-Staaten gibt es viel dringendere Probleme zu lösen als den Extremismus und dessen Prävention. Auch in anderen Bereichen wie Kriminalität, Jugenddelinquenz usw. erhält die Präventionsarbeit nicht die gebührende Aufmerksamkeit und die erforderlichen Ressourcen. Das hat zur Folge, dass es nur wenige oder gar keine sichtbaren P/CVE-Programme gibt.
- **NROs ersetzen den Staat bei P/CVE-Aktivitäten.** Infolge des geringen Engagements der Regierungen im Bereich P/CVE wurde die Hauptlast der Präventionsarbeit in der Region von NROs übernommen. Es bestand ein deutlicher Unterschied zwischen der Perspektive der befragten RegierungsbeamtInnen bzw. der BeamtInnen öffentlicher Institutionen (z. B. Polizei, Spionageabwehr usw.) und dem Blickwinkel der NROs. Die erste Gruppe neigte dazu, extremistische Probleme in ihrem Staat als nahezu nicht existent oder auf Einzelfälle beschränkt darzustellen. PraktikerInnen und ForscherInnen der NROs hingegen betrachteten den gewaltbereiten Rechtsextremismus tendenziell als augenfälliges, brennendes Problem.

Zusätzliche länderspezifische Hintergrundinformationen

Durch die innenpolitische Lage in einigen der untersuchten Länder ergibt sich eine spezielle Situation für die P/CVE-Arbeit. So wird in einigen Staaten beispielsweise die Pressefreiheit relativ gering bewertet⁽²²⁾. Gleichzeitig sind in manchen Ländern eine starke Polarisierung, illiberale Tendenzen und ein zunehmender Nationalismus festzustellen⁽²³⁾. Zudem sind Polen⁽²⁴⁾, Rumänien und die Slowakei⁽²⁵⁾ als NATO-Anrainerstaaten angesichts des Krieges in der Ukraine in besonderem Maße dem Informationskrieg, der Desinformation und der Entstehung und Verbreitung von Fake News ausgesetzt. Darüber hinaus häufen sich die Angriffe auf die LGBTQ+-Gemeinschaft in Polen⁽²⁶⁾ und der Slowakei. In der Slowakei gab es 2022 sogar einen homophoben Terroranschlag mit zwei Toten,⁽²⁷⁾ Kroatien ist immer noch durch die Folgen des Balkankrieges in den 1990er Jahren geprägt. Der Konflikt hat in dieser Region Europas viele Spuren hinterlassen, sowohl was die interethnischen Beziehungen anbelangt als auch beim Umgang mit Themen wie Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit, politische Gewalt und Extremismus⁽²⁸⁾. In Staaten wie Bulgarien, der Tschechischen Republik, Ungarn, Rumänien und der Slowakei wird ein großer Teil der hier lebenden ethnischen Minderheiten, d. h. der Roma, immer noch sozial ausgegrenzt. Sie machen einen großen Teil der Bevölkerung aus, die an oder unterhalb der Armutsgrenze lebt, und stellen einen hohen Prozentsatz der Gefängnisinsassen⁽²⁹⁾. In einigen Interviews wurde auf die Bedeutung des (hauptsächlich katholischen)

⁽¹⁹⁾ Rękawek (Hrsg.), *Western extremists and the Russian invasion of Ukraine in 2022* (2022).

⁽²⁰⁾ Rękawek, *Foreign Fighters in Ukraine. The Brown-Red Cocktail* (2022).

⁽²¹⁾ Kahn, Koper, Muller, *Insight: Weapons industry booms as Eastern Europe arms Ukraine* (2022).

⁽²²⁾ o.V., *Media Freedom: Few Good Stories to Tell* (2020); DAN, *Polska spadła na 66. pozycję w rankingu wolności mediów. Najgorszy wynik w historii* (2022).

⁽²³⁾ Tworzecki, *Poland: A Case of Top-Down Polarization* (2019), Kubas, *Illiberal Democracy in the Comparative Analysis of Hungary and Poland* (2021); Lugosi, *Radical right framing of social policy in Hungary: between nationalism and populism* (2021); Jaskulowski, Majewski, *Populist in form, nationalist in content? Law and Justice, nationalism and memory politics* (2022).

⁽²⁴⁾ Kozłowski, *Disinformation in Poland on the war in Ukraine* (2022).

⁽²⁵⁾ Cholewa, Grzesiczak, Tomaszewska, *Ukrainian refugees and disinformation: situation in Poland, Hungary, Slovakia and Romania* (2022).

⁽²⁶⁾ o.V., *Annual review of the human rights situation of lesbian, gay, bisexual, trans and intersex people in Europe and Central Asia 2022* (2022).

⁽²⁷⁾ Rose, *The Bratislava Attacks: Insights from the Shooter's Manifesto* (2022).

⁽²⁸⁾ Polić, *Three Decades On, War's Legacy Still Overshadows Croatia* (2021).

⁽²⁹⁾ Čada, *Social Exclusion of the Roma and the Czech Society* (2012).

Klerus und den Einfluss der Kirche auf die Zivilgesellschaft in mehreren Staaten (primär in Kroatien und Polen) sowie auf die Polarisierung der Gesellschaft (vor allem in Kroatien, Ungarn und Polen) hingewiesen. Kleinere und weniger bevölkerungsreiche Länder wie Litauen und Slowenien haben nach Aussage von PraktikerInnen aus diesen Staaten so gut wie kein Problem mit ExtremistInnen und der Formierung entsprechender Organisationen. Ihr Hauptproblem sind stattdessen Hetze und Fake News.

P/CVE-Aktivitäten in Mittel- und Osteuropa – Überblick

Aktivitäten im Bildungsbereich

Vereinfacht dargestellt lassen sich die bildungsbezogenen P/CVE-Projekte und -Aktivitäten in den MOE-Staaten in zwei Gruppen unterteilen: Aktivitäten, die hauptsächlich online, und Aktivitäten, die in Präsenz durchgeführt werden. Es ist eindeutig feststellbar, dass die ersteren überwiegen. Einer der Gründe hierfür ist natürlich die Tatsache, dass das Internet eine der wichtigsten Plattformen für die Rekrutierung, Radikalisierung, Desinformation und Verbreitung von Falschmeldungen ist. Gleichzeitig stellt sich aber die Frage, warum in einem anderen wichtigen Bereich der Bekämpfung von Radikalisierungsprozessen und der Verbreitung extremistischer Ansichten, nämlich in Bildungseinrichtungen, so wenige P/CVE-Projekte und -Aktivitäten stattfinden. Dies ist eine Frage, die an die Institutionen der MOE-Staaten gerichtet werden sollte, die für das Bildungswesen zuständig sind.

In jedem Fall werden Bildungsmaßnahmen im P/CVE-Bereich in der mittel- und osteuropäischen EU-Region überwiegend online durchgeführt. Sie konzentrieren sich meist darauf, junge Menschen und andere Zielgruppen gegen extremistische, radikalisierende Botschaften und Hetze widerstandsfähiger zu machen und kritisches Denken zu stärken. Darüber hinaus werden häufig Trainings in Schulen zur digitalen Kompetenz von Lehrkräften und Jugendlichen sowie Schulungen für Eltern angeboten. Ein Beispiel hierfür ist das bulgarische Projekt „Safer Internet Centre“ (Zentrum für ein sichereres Internet), das sich mit allen Arten von Online-Bedrohungen, insbesondere mit Gefahren für Kinder und Jugendliche, befasst, und auch eine Online-Hotline betreibt ⁽³⁰⁾; ein weiteres Beispiel ist die „Media Literacy Coalition Bulgaria“ (Bulgarisches Bündnis für Medienkompetenz), die zahlreiche Schulungen und Sensibilisierungsmaßnahmen für verschiedene Zielgruppen durchführt ⁽³¹⁾.

Junge Menschen in mittel- und osteuropäischen EU-Staaten leben heute unter schwierigen wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen. Es ist nicht leicht für sie, einen Arbeitsplatz zu finden, und wenn sie eine Stelle bekommen, sind die Arbeitsbedingungen oft schlecht. Die mangelnde Möglichkeit, von den Eltern unabhängig zu werden, ist ein wachsendes Problem. Manchmal glauben die Eltern auch selbst, dass junge Menschen nicht reif genug sind, um eine eigene Meinung zu haben. Deshalb wenden sich diese dem Internet zu und entdecken dort neue Dimensionen und neues Wissen. Mit der Entstehung des Internets hat die Radikalisierung zugenommen, da sich junge Menschen bei Recherche und Selbststudium auf Online-Quellen verlassen. Doch ein Großteil der Inhalte besteht immer häufiger aus einseitigen Darstellungen; Algorithmen verstärken den Konsum grenzwertiger oder extremistischer Botschaften. Das sind nur einige der Faktoren, die bei jungen Menschen eine Identitätskrise auslösen können, welche ihrerseits zu Radikalisierung führen kann. Um junge Menschen – vor allem online – zu erreichen, scheint es wichtig zu sein, auf den Erfahrungen verschiedener MOE-Programme aufzubauen, die die Besonderheiten der Sprache und der Alltagserfahrungen von Kindern und Jugendlichen berücksichtigen.

In den MOE-Ländern gab es mehrere solcher Programme, die die wichtigsten Elemente bewährter Praktiken in der Jugendarbeit kombinierten. Ein Beispiel ist das Programm „YouthRightOn“, das vom bulgarischen Center for the Study of Democracy durchgeführt wurde und die Resilienz gegen rechtsextreme Online-Botschaften stärken sollte. In diesem Projekt und bei der Erstellung der Online-Umfrage und der Fokusgruppen (innerhalb der Gruppe, die an dem Programm teilnehmen sollte) wurden soziale Medien (Facebook, Instagram, YouTube, Vbox) eingesetzt. Dadurch war es möglich, das Wissen und die eigene Sichtweise der SchülerInnen in die Entwicklung des Programms einzubeziehen. Auf Grundlage dieser

⁽³⁰⁾ Safer Internet Center Bulgaria, <https://www.safenet.bg/en>

⁽³¹⁾ Media Literacy Coalition Bulgaria, <https://gramoten.li/about-us>

Informationen wurde eine Analyse der beliebtesten extremistischen Narrative in den sozialen Medien durchgeführt, die eine Radikalisierung fördern. Anschließend wurde versucht, ihnen alternative Narrative entgegenzusetzen. Ähnliche Untersuchungen fanden im Rahmen des kroatischen Projekts „Edukacijom protiv radikalizacije“ (Mit Bildung gegen Radikalisierung) statt, das von der Fakultät für Politikwissenschaft im Jahr 2022 durchgeführt wurde ⁽³²⁾.

Interessant bei dieser Art von Aktivitäten, die speziell junge Menschen ansprechen sollen, war der Einsatz von Mitteln und Methoden, die ihnen bekannt sind und ihren Alltag prägen, d. h. InfluencerInnen, Videos, Comics und Spiele. Im Rahmen des bulgarischen Projekts „YouthRightOn“ wurden zudem an 70 Schulen Pilotunterrichtsstunden eingeführt. Für die Wirksamkeit solcher Programme ist es besonders wichtig, Online-Maßnahmen durch Veranstaltungen „im echten Leben“ zu untermauern, denn Online-Aktivitäten neigen dazu, in der Masse der täglich über das Internet fließenden Informationen unterzugehen. Präsenzunterricht bietet die Möglichkeit, das Wissen zu verankern und die Aufmerksamkeit der SchülerInnen auf die entsprechenden Quellen zu lenken. Leider wird das Programm trotz seines interessanten Ansatzes nicht weitergeführt; die Website ist nicht mehr verfügbar.

In Regionen mit starken ethnischen Spannungen ist es äußerst wichtig, Maßnahmen zur Bekämpfung dieses Zustands zu ergreifen und den Radikalisierungsprozess so früh wie möglich zu stoppen. Daher kommt den Schulen in diesem Prozess eine große Bedeutung zu. Ein Beispiel für ein Projekt, das eine Brücke zwischen dem Nonprofit- und dem öffentlichen Sektor schlägt, war das Projekt „Interkulturelle Bildung durch das Fach ‚Kulturelles und geistiges Erbe der Region‘ (CSHR)“ ⁽³³⁾, das in Kroatien an der öffentlichen Grundschule Dalj (Osnovna škola Dalj) durchgeführt wurde. Ziel des Projekts war es, die Beziehungen innerhalb der kroatischen Nachkriegsgesellschaft zu verbessern und die in multiethnischen Gemeinschaften aufwachsenden Kinder mit der Kultur und den Gebräuchen der „anderen“ vertraut zu machen.

Die Schule bietet weiterhin gesonderten Unterricht für die serbische Minderheit in serbischer Sprache und kyrillischer Schrift, was eine der Voraussetzungen für die friedliche Wiedereingliederung nach dem Krieg war. Das hat zur Folge, dass die Kinder der beiden ethnischen Gruppen (Kroaten und Serben, Alter: 11–15, Klassen 5 bis 8) die meiste Zeit an der Schule getrennt verbringen. Zwischen 1991 und 1998 hatten Kroaten und kroatische Serben fast keinen Kontakt zueinander. Ein Großteil der heutigen Jugendlichen hat Verwandte oder Großeltern, die im Krieg gekämpft haben. Deswegen herrscht nach wie vor großes Misstrauen. Vor diesem Hintergrund wurde mit dem CSHR-Projekt eine neue Praktik eingeführt, bei der die SchülerInnen unterschiedlicher ethnischer Gruppen im Rahmen einer gemeinsamen Aktivität zusammenarbeiten können. Da die Kinder zu Hause oft mit nationalistischen Einstellungen konfrontiert sind, war es wichtig, dass sie dazu gebracht werden, ihr Bild von den „anderen“ überdenken. Hierdurch wird einer künftigen Radikalisierung entgegengewirkt. Die im Projekthandbuch behandelten Themen reichen von Kommunikation, Tradition und Bräuchen, lokaler Geschichte, Stereotypen und Vorurteilen bis hin zur Identität. Die Ergebnisse des Bildungsprozesses, die im Rahmen dieses Projekts angestrebt werden, sind in erster Linie die Entwicklung von Toleranz, die Begegnung mit der Kultur anderer ethnischer Gruppen und die Prävention von gewalttätigem und extremistischem Verhalten. Im Rahmen eines Projekts an einer weiterführenden Schule wurden verschiedene Handbücher und Broschüren sowie eine DVD mit dem Titel „Will you say hi to me on the bus?“ produziert.

Dieses Projekt und das in seinem Rahmen erteilte Unterrichtsfach sind ein Schritt in die richtige Richtung, aber auch ein Beispiel für die Schwierigkeiten, auf die P/CVE-Programme in den mittel- und osteuropäischen EU-Staaten stoßen. In diesem Fall musste der Kampf gegen Radikalisierung in ein anderes Fach integriert werden. Darüber hinaus ging die Initiative auf Behördenseite von den regionalen und nicht von den nationalen Behörden aus. Dies ist in den MOE-Ländern häufig der Fall, da die regionalen und kommunalen Behörden den P/CVE-Projekten positiver gegenüberstehen als die zentralen Behörden.

Familien- und Jugendarbeit

Ein überraschendes Ergebnis der Analyse der bewährten Praktiken und Programme im P/CVE-Bereich, die während der letzten Jahre in der MOE-Region umgesetzt wurden, war die geringe Zahl von Aktivitäten, die

⁽³²⁾ Edukacijom protiv radikalizacije, <https://www.novinarz.online/radikalizacija-mladih.html>

⁽³³⁾ Interkulturelle Bildung durch das Fach „Kulturelles und geistiges Erbe der Region“ (CSHR), <https://www.congress-intercultural.eu/de/initiative/219-intercultural-education-through-the-subject-cultural-and-spiritual-heritage-of-the-region-cshr.html>

direkt als Familien- und Jugendarbeit eingestuft werden können. Zwar gab es viele Aktivitäten, die man als Jugendarbeit bezeichnen könnte, doch Maßnahmen, die sich speziell auf die Prävention und Bekämpfung von gewaltbereitem Extremismus bezogen, fehlten auf allen Präventionsebenen. Auch wenn dieser Beitrag vor allem Ansätze zur Primärprävention im Blick hat, sticht es ins Auge, dass in den meisten Ländern nicht einmal die heute vielerorts üblichen Tertiärpräventionsmaßnahmen (z. B. EXIT-Programme) angeboten werden. Nur in der Slowakei wird ein typisches EXIT-Programm unter dem Namen „Mládež Ulice“ in der Praxis durchgeführt. Eine ähnliche Arbeit leistet die Stiftung CODEX in Polen. Um den Entradikalisierungsprozess bei ExtremistInnen zu fördern, sollte in den MOE-Staaten mehr Gewicht auf die Tertiärprävention gelegt werden. Diese unterstützt in der Regel auch die Sekundär- und Primärprävention durch entsprechende Maßnahmen (z. B. durch die Beratung von Familien oder Institutionen), die von erfahrenen P/CV-Fachkräften durchgeführt werden.

Sensibilisierungs- und Kommunikationskampagnen

Sensibilisierungs- und Kommunikationskampagnen in den mittel- und osteuropäischen EU-Ländern gehen über P/CVE-Projekte hinaus. In dieser Region werden Projekte zur Bekämpfung von Hetze und Desinformation durchgeführt, nicht nur solche, die Radikalisierung selbst im Visier haben. Einige Organisationen bezeichnen ihre Arbeit nicht als Prävention und Bekämpfung von gewaltbereitem Extremismus und wollen in gewisser Weise auch nicht als P/CVE-AkteurInnen betrachtet werden. Radikalisierung hat für viele Menschen nämlich einen sehr negativen Beigeschmack und wird meist mit religiösem Extremismus in Verbindung gebracht. Häufig gilt er auch als Sache der Geheim- und Sicherheitsdienste.

Beispiele für Aktivitäten, die eher auf die Bekämpfung von Hetze oder Falschinformation gerichtet sind, finden sich in der gesamten MOE-Region. Sie betreffen den Kampf gegen Diskriminierung oder Hassreden gegen die LGBTQ+-Community sowie gegen ethnische und religiöse Minderheiten. Sie versuchen, diesen Gruppen im öffentlichen Diskurs mehr Raum zu geben und Gegennarrative zu Verschwörungstheorien oder Fake News zu schaffen, die sich auf diese Gruppen beziehen. Zu diesen Projekten gehören zahlreiche Präsenzveranstaltungen wie Stand-up-Comedy-Shows, offene Treffen mit gemeinsamem Frühstück, Virtual-Reality-Workshops für ältere Menschen und Ausstellungen zu zeitgenössischer Kunst in den öffentlichen Räumen von Städten und Dörfern.

Sehr oft werden diese Projekte von NROs mit thematischem Fokus durchgeführt, z. B. von Organisationen der LGTBQ+-Community wie Bilitis und GLAS in Bulgarien oder die Kampagne gegen Homophobie, Lambda und Trans-Fuzja in Polen. Sie konzentrieren sich auf die Bekämpfung von Homophobie und Hetze und propagieren Toleranz, Demokratie, Menschenrechte usw. Häufig gehen sie dabei Bündnisse mit anderen Minderheitengruppen in ihren Staaten ein. Beispielhaft für solche Bündnisse sind zwei bulgarische Kampagnen gegen Hetze, die von LGBTQ+-Organisationen (Bilitis, GLAS), der Organisation der Juden in Bulgarien „Shalom“ und der bulgarischen Sektion der Association of European Journalists organisiert wurden ⁽³⁴⁾: „КАКВО СТОИ ЗАД ДУМИТЕ НА ОМПАЗА?“ (Was steckt hinter den Worten des Hasses?) und „Not Just Words“ (Nicht nur Worte) ⁽³⁵⁾.

Die polnische Organisation Kampania Przeciw Homofobii veranstaltet in ausgewählten Schulen Aktionen wie den „Tęczowy Piątek“ ⁽³⁶⁾ (Regenbogenfreitag) oder erteilt Antidiskriminierungsunterricht. Die Aktion soll zeigen, dass die betreffende Schule ein sicherer und freundlicher Ort für alle jungen Menschen ist, unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Geschlechtsidentität oder ihren Geschlechtsmerkmalen. Dabei werden von der Schule Unterrichtsstunden zum Thema Toleranz und zu den Problemen der LGBTQ+-Community durchgeführt. Dieser Unterricht kann darin bestehen, dass Plakate mit Informationen über die Aktion aufgehängt und Workshops oder Gespräche mit Menschen organisiert werden, die mit Aggression und Intoleranz konfrontiert sind. Ähnlich wie bei den bulgarischen Projekten wird der Antidiskriminierungsunterricht auch gemeinsam mit anderen Minderheitengruppen veranstaltet – etwa mit religiösen und ethnischen Minderheiten, Organisationen von Menschen mit Behinderungen oder Migranten.

⁽³⁴⁾ КАКВО СТОИ ЗАД ДУМИТЕ НА ОМПАЗА?, <https://helphate.bg>

⁽³⁵⁾ Not Just Words, <https://glasfoundation.bg/en>

⁽³⁶⁾ Tęczowy piątek campaign, <https://teczowypiatek.org.pl>

Ziel ist es, die SchülerInnen stärker für die Probleme dieser Gruppen zu sensibilisieren und das Aufkommen oder die Verbreitung von Hassreden zu verhindern.

Es gibt viele Aktionsformen zur Bekämpfung von Hassreden sowie viele mögliche Bündnisse und Partnerorganisationen in der Region, die die PraktikerInnen bei diesen Aktivitäten unterstützen können. Manche sind bereits auf diesem Gebiet aktiv, z. B. Filmfestivals wie das tschechische Festival „One World“ der Hilfsorganisation People in Need ⁽³⁷⁾ oder das polnische Festival „Millennium Docs Against Gravity“ ⁽³⁸⁾. Auch manche Museen sind gute Partner für derartige Aktivitäten, wie das Museum für die Geschichte der polnischen Juden in Polen, das Jüdische Museum in Prag ⁽³⁹⁾ und das Museum für Roma-Kultur in Brunn ⁽⁴⁰⁾ (Tschechische Republik). In vielen Ländern der Region werden von den örtlichen Behörden oder NROs bzw. deren Projektkonsortien in den größeren Städten auch multikulturelle Zentren eingerichtet, z. B. in Polen (Danzig ⁽⁴¹⁾, Breslau ⁽⁴²⁾ und Warschau), in der Tschechischen Republik (Prag ⁽⁴³⁾) und in der Slowakei (Bratislava). Hier ist es für PraktikerInnen einfacher, PartnerInnen für die Durchführung kleinerer Projekte zu finden. Es lohnt sich auch, die Unterstützung fachlich spezialisierter staatlicher Stellen oder bereits vorhandener Institutionen des betreffenden Landes in Anspruch zu nehmen, wie z. B. die tschechische Agentur für soziale Eingliederung ⁽⁴⁴⁾. Trotz ihrer guten Absichten mangelt es ihnen allerdings an Dynamik und guten Ideen, die bei den NROs jedoch in ausreichendem Maße vorhanden sind.

Wichtige Verbündete bei der Bekämpfung von Desinformation, Hassreden und Fake News sowie der Förderung von digitaler Kompetenz und kritischem Denken sind für die PraktikerInnen zahlreiche Schulungs- und Bildungsinitiativen, Kampagnen, Journalistenverbände wie die Association of European Journalists und auf entsprechende Aktivitäten spezialisierte NROs. Zu diesen Organisationen gehören beispielsweise Debunk.org ⁽⁴⁵⁾, Civic Resilience Initiative ⁽⁴⁶⁾, Media4Change ⁽⁴⁷⁾ und Res Publica ⁽⁴⁸⁾ in Litauen, die Stiftung Panoptykon ⁽⁴⁹⁾ und der Verein Demagog ⁽⁵⁰⁾ in Polen sowie das tschechische Projekt HateFree Culture ⁽⁵¹⁾. Sie führen häufig Kommunikationskampagnen durch und organisieren Schulungsveranstaltungen und Bildungsprogramme.

Im Bereich der eher klassischen P/CVE-Aktivitäten, die eine Sensibilisierung für das Thema Radikalisierung und Extremismus zum Ziel haben, sind auch folgende Beiträge zu nennen: der slowakische Forschungsbericht „Online Extremism in Slovakia: Actors, Topics, Platforms & Strategies“ (Online-Extremismus in der Slowakei: AkteurInnen, Themen, Plattformen und Strategien) des Institute for Strategic Dialogue, der tschechische Forschungsbericht „Hrozba Radikalizace“ (Bedrohung durch Radikalisierung) ⁽⁵²⁾ und das slowenische Projekt „RadCePro“. In diesen Fällen untersuchten die ForscherInnen das ganze Land und identifizierten radikale sowie gefährdete Gruppen. Sie versuchten, die Rekrutierungskanäle und -mechanismen zu verstehen und zu beschreiben, die Menschen in den Radikalisierungsprozess führen. Es stehen weitere ähnliche Berichte für die MOE-Länder zur Verfügung, unter anderem dank der Unterstützung von Organisationen wie dem Radicalisation Awareness Network (RAN), dem Central European Digital Media Observatory (CEDMO) ⁽⁵³⁾ und dem Projekt „Dialogue about Radicalisation and Equality“ (Dialog über Radikalisierung und Gleichheit) (DARE) ⁽⁵⁴⁾.

⁽³⁷⁾ Filmfestival „One World of People in Need“, <https://www.jedensvet.cz>

⁽³⁸⁾ Filmfestival „Millennium Docs Against Gravity“, <https://mdag.pl/20/pl/warszawa/homepage>

⁽³⁹⁾ Jüdisches Museums in Prag, <https://www.jewishmuseum.cz>

⁽⁴⁰⁾ Museum für Roma-Kultur, <https://www.rommuz.cz/cs>

⁽⁴¹⁾ Centrum Wsparcia Imigrantów i Imigrantek: CWII, <https://cwii.pl>

⁽⁴²⁾ Facebook-Fanpage des Miejsce Otwarte – Centrum Integracji Międzykulturowej, <https://www.facebook.com/MiejsceOtwarteWroclaw>

⁽⁴³⁾ Multicultural Center Prague, <https://mkc.cz/en/about>

⁽⁴⁴⁾ Agentur für soziale Eingliederung, <https://www.socialni-zaclenovani.cz>

⁽⁴⁵⁾ Debunk.org, <https://www.debunkeu.org>

⁽⁴⁶⁾ Civic Resilience Initiative, <https://cri.lt/#projects>

⁽⁴⁷⁾ Media4Change, <https://www.media4change.co>

⁽⁴⁸⁾ Res Publica <https://en.respublica.lt>

⁽⁴⁹⁾ Panoptykon, <https://panoptykon.org>

⁽⁵⁰⁾ Demagog, <https://demagog.org.pl>

⁽⁵¹⁾ HateFree Culture, <https://www.hatefree.cz/o-hatefree>

⁽⁵²⁾ Hrozba Radikalizace, <https://www.fbmi.cvut.cz/cs/fakulta/pracoviste/kzooo-informace/datekce-radikalizace>

⁽⁵³⁾ CEDMO, <https://cedmohub.eu/pl>

⁽⁵⁴⁾ DARE, <https://cordis.europa.eu/project/id/725349>

Schulungen für PraktikerInnen, Kapazitätsaufbau

Als Ergebnis dieser Untersuchung kann davon ausgegangen werden, dass sich die P/CVE-Schulungen für PraktikerInnen in den mittel- und osteuropäischen EU-Ländern primär an Lehrkräfte von Grund- und Sekundarschulen, die öffentliche Verwaltung, regionale Behörden sowie an PolizeibeamtInnen richten. Für diese Zielgruppen werden die meisten Projekte und Schulungen im P/CVE-Bereich entwickelt; scheinbar werden sie von den nationalen oder regionalen Behörden der MOE-Staaten als Schlüssel zur Stärkung der P/CVE-Arbeit angesehen. Dies zeigen Beispiele aus Kroatien, Polen und Rumänien deutlich. Die entsprechenden Maßnahmen werden von verschiedenen Organisationen, NROs, staatlichen oder bereichsübergreifenden Einrichtungen durchgeführt.

Zu diesen Projekten gehören die kroatischen Initiativen „Against Hate“ (Gegen Hass) und „Facts against hate“ (Fakten gegen Hass)⁽⁵⁵⁾, die sich an PolizeibeamtInnen richten und bewährte Verfahren zur Erkennung und Verhinderung von Hassdelikten vermitteln. Bei der Fortführung dieser Projekte wurden auch Lehrkräfte einbezogen. Diese erhielten zudem Schulungen zu Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte über hassmotivierte Straftaten sowie Materialien zu Hetze und zum Umgang mit Hetze. Ein wichtiger Aspekt war die länderübergreifende Dimension dieser Programme, denn im Rahmen der Projektteamarbeit entstand auch ein Handbuch, das für drei Länder – Slowenien, Serbien und Kroatien – adaptiert wurde. Die kroatischen Programme „Increasing the competencies of state security services, public administration employees and research and development centres and strengthening their cooperation in the field of national security“ (Förderung der Kompetenzen staatlicher Sicherheitsdienste, der MitarbeiterInnen der öffentlichen Verwaltung und der Forschungs- und Entwicklungszentren sowie Stärkung ihrer Zusammenarbeit im Bereich der nationalen Sicherheit) und „Strengthening Juvenile Justice Systems in the counter-terrorism context: capacity building and peer-learning among stakeholders“ (Stärkung des Jugendstrafrechtssystems im Kontext der Terrorismusbekämpfung: Kapazitätsaufbau und Peer-Learning unter den Interessengruppen) waren ähnlich mehrdimensional aufgebaut. Das erste Projekt wurde für die öffentliche Verwaltung konzipiert und hat das Ziel, terroristische und asymmetrische Bedrohungen auf Grundlage internationaler Erfahrungen besser erkennen und bekämpfen zu können. Die zweite Projekt richtet sich an die MitarbeiterInnen des Jugendstrafrechtssystems.

Eine noch größere (geografische) Reichweite hatte gemäß des EU-Fonds für die innere Sicherheit das Polizeiprogramm „Prevention of Youth Radicalisation through self-awareness on cognitive bias“ (Verhinderung der Radikalisierung junger Menschen durch Sensibilisierung für kognitive Verzerrungen) (PRECOBIAS).⁽⁵⁶⁾ Das von ForscherInnen und PraktikerInnen aus sechs Ländern ausgearbeitete Programm ist in acht Sprachen verfügbar und wurde in Zusammenarbeit mit Lehrgewerkschaften und örtlichen Behörden in mehreren europäischen Ländern durchgeführt. Ziel des Projekts war es, der Radikalisierung junger Menschen langfristig entgegenzuwirken, indem diese gegen extremistische Inhalte aus dem Internet immunisiert werden. Dies sollte durch die Stärkung ihrer Fähigkeit zum kritischen Denken und zur richtigen Nutzung von Online-Medien erreicht werden. Der Schwerpunkt lag auf der Untersuchung der kognitiven Verzerrungen, die allen Menschen gemein sind und zu einer größeren Anfälligkeit für Online-Radikalisierung führen können. Im Rahmen des Projekts wurde eine Online-Kampagne entwickelt und durchgeführt. Mit ihr sollten junge Menschen dafür sensibilisiert werden, wie bestimmte kognitive Fehler (z. B. Autoritätsverzerrung, Bestätigungsfehler, positive Rückschaufehler, Gruppendenken) dazu führen können, dass sie extremistischen Inhalten, die online immer weiter verbreitet sind, leichter anheimfallen. Die Kampagne richtete sich an junge Menschen, die aus verschiedenen Gründen radikalierenden Inhalten in sozialen Medien und anderen Online-Plattformen ausgesetzt sein könnten. In Zusammenarbeit mit einer Gruppe von PraktikerInnen, die täglich mit jungen Menschen arbeiten (Lehrkräfte, PsychologInnen usw.), wurden außerdem Leitfäden mit Tipps zur Nutzung des Wissens über kognitive Verzerrungen für die praktische Arbeit erstellt, um das kritische Denken junger Menschen zu stärken und ihre Radikalisierung zu verhindern.

Etwas bescheidener in Umfang und Zielsetzung waren ähnliche Projekte, die sich an Lehrkräfte in Polen richteten: das polnische Projekt „Schulungen zu Sicherheit und Radikalisierung für Personal an Grund- und weiterführenden Schulen in Polen“⁽⁵⁷⁾, das tschechische Projekt „JSNS Educational Programme“ von

⁽⁵⁵⁾ Centar za Mirovne Studije, <https://www.cms.hr/en>

⁽⁵⁶⁾ PRECOBIAS, <https://www.precobias.eu/de/>

⁽⁵⁷⁾ Institute of Social Safety, <https://www.fundacjaibs.pl/projekty-i-wiedza>

People in Need ⁽⁵⁸⁾ und das rumänische Projekt „Fighting discrimination in the classroom – a guide for teachers“ (Gegen Diskriminierung im Klassenzimmer – ein Leitfaden für Lehrkräfte). Bei allen Projekten wurden verschiedene Workshops für das gesamte Schulpersonal (SchulleiterInnen, Lehrkräfte, VerwaltungsmitarbeiterInnen) angeboten. In diesen Workshops wurden Themen wie Hassreden und Radikalisierung miteinander verknüpft, um die Lehrkräfte stärker zu sensibilisieren und ihre Fähigkeit zu schulen, entsprechende Fälle zu erkennen, zu melden und Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Generell bildet die P/CVE-Arbeit an Schulen eine gute Grundlage für die Arbeit mit allen AkteurInnen vor Ort (Eltern, örtliche Polizei, kommunale Verwaltung, SozialarbeiterInnen und Streetworker usw.) und für die künftige Bildung einer bereichsübergreifend zusammenarbeitenden lokalen Task Force.

Gesellschaftliches Engagement

Die Länder des ehemaligen Ostblocks haben bei Themen, die über unmittelbare wirtschaftliche, logistische oder ökologische Probleme hinausgehen, häufig Probleme mit der Mobilisierung des örtlichen Gemeinwesens. Aus diesem Grund ist in der vorliegenden Studie der Bereich der P/CVE-Arbeit, der auf gesellschaftlichem Engagement in dieser Region beruht, nicht sehr stark repräsentiert. Was die Aktivitäten von Organisationen angeht, die sich für ein breiteres gesellschaftliches Engagement im Kampf gegen Extremismus und Radikalisierung einsetzen, lassen sich im Wesentlichen zwei Richtungen unterscheiden: auf der einen Seite Aktivitäten zur Hilfe von Gewaltopfern und Unterstützung marginalisierter Gruppen bei der Bekämpfung von Radikalisierung, auf der anderen Seite Protestaktionen gegen die Anwesenheit von ExtremistInnen oder Gruppen radikalierter Menschen innerhalb der betreffenden Gemeinde. Als Beispiel können zwei Aktionen angeführt werden: das tschechische Programm „Beobachtung von Verbrechen aus Hass gegen die Roma-Gemeinschaft mit Mentoren“ ⁽⁵⁹⁾ und die slowakische Basisinitiative „Not in Our Town (NIOT)“ (Nicht in unserer Stadt) ⁽⁶⁰⁾.

Bei dem tschechischen Projekt geht es darum, hassmotivierte Straftaten gegen Roma im Blick zu behalten und die Opfer mithilfe von Roma-MentorInnen zu unterstützen, die aufgrund ihrer eigenen Ethnie besser auf die Betroffenen zugehen können. Ziel des Projekts ist es, das Vertrauen der Opfer zu gewinnen und ihnen auf effiziente Weise professionelle Unterstützung (juristische Beratung, psychologische Betreuung usw.) zukommen zu lassen, um eine gegenseitige Radikalisierung und Straftaten als Reaktion auf den Angriff zu verhindern. Die ethnische und kulturelle Nähe der MentorInnen zu den KlientInnen erleichtert ihnen dabei die Kontaktaufnahme und schafft Vertrauen. Je nach Art des Falles kann auch ein Kontakt zur Partnerorganisation In IUSTITIA hergestellt werden, die Opfern von durch Hass motivierte Straftaten juristisch unterstützt. Die für die regionale Koordination zuständige Person steht auch in Kontakt mit anderen Mitgliedern der örtlichen Gemeinschaft, um Situationen zu verhindern, die zu hassmotivierten Vorfällen führen.

Die NIOT-Basisbewegung in der slowakischen Stadt Banská Bystrica ist ein Beispiel für den anderen Trend im gesellschaftlichen Engagement. Die Wahl eines Extremisten zum Chef der regionalen Behörden, der später wegen der Verwendung von Neonazi-Symbolen ⁽⁶¹⁾ verurteilt wurde, löste starken Widerstand bei den Menschen vor Ort aus. Sie organisierten sich in Basisbewegungen, um gegen die fortschreitende Radikalisierung in ihrer Region zu protestieren. Sie begannen, ein Kooperationsnetzwerk aufzubauen, das sich auf positiven Werten wie Toleranz, Freundschaft, Respekt und Liebe besinnen sollte, statt politisch gegen den neuen extremistischen Regionalgouverneur zu kämpfen. Mit dieser Bewegung wollte man zeigen, dass Bürgerbeteiligung die apathische Grundhaltung durchbrechen und die lokale/regionale Gesellschaft auf breiter Ebene motivieren kann, sich mit Widerstandsaktionen gegen Faschismus, Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und jegliche Art von Intoleranz einzusetzen. Von sämtlichen durchgeführten Aktivitäten sollten mindestens zwei langfristig angelegte Projekte erwähnt werden: „Schools for Democracy“ (Schulen für Demokratie) und „Human Forum“ (Forum für Menschen). Das Programm

⁽⁵⁸⁾ JSNS Educational Programme of People in Need, <https://www.jsns.cz/en/home>

⁽⁵⁹⁾ Beobachtung von Verbrechen aus Hass gegen die Roma-Gemeinschaft mit Mentoren, <https://www.congress-intercultural.eu/de/initiative/136-romanlar%C4%B1-hedef-alan-nefret-suclar%C4%B1n%C4%B1-rehberler-ile-gozeleme----prag----cek-cumhuriyeti.html>

⁽⁶⁰⁾ Bitušíková, Chorvát, *Not in our town – NIOT Slovakia* (2018).

⁽⁶¹⁾ Siehe zum Beispiel: The Slovak Spectator, „Kotleba accused of extremism, faces losing mandate“, 31.07.2017, <https://spectator.sme.sk/c/20615664/kotleba-accused-of-extremism-faces-losing-mandate.html>; Euronews, „Slovakian far-right leader loses mandate as MP over neo-Nazi symbols, court decides“, <https://www.euronews.com/2022/04/05/slovakian-far-right-leader-loses-mandate-as-mp-over-neo-nazi-symbols-court-decides>, 05.04.2022.

„Schools for Democracy“ wurde von NIOT ins Leben gerufen. Fünfzehn Schulen (Primar- und Sekundarstufe) in der Region Banská Bystrica nehmen derzeit daran teil. Das Programm umfasst Workshops zum kritischen Denken, ein Pilotprojekt zum Thema „Werte“ (mit einer Untersuchung der Werte vor und nach den Bildungsmaßnahmen) sowie „lebende Bibliotheken“. Die „lebenden Bibliotheken“ haben sich in diesem Zusammenhang als erfolgreichste informelle Bildungsmaßnahme erwiesen. Hierbei besuchen ehrenamtliche NIOT-MitarbeiterInnen aus einer Randgruppe (Jüdinnen und Juden, Roma, LGBTQ+-VertreterInnen, ehemalige Neonazis usw.) eine Klasse und berichten den SchülerInnen von ihrem Leben ⁽⁶²⁾.

Zusammenarbeit und Partnerschaften mehrerer Interessengruppen (auf lokaler und nationaler Ebene)

Die Zusammenarbeit mehrerer Interessengruppen ist der schwierigste Teil der P/CVE-Maßnahmen; sie hat jedoch auch die stärkste soziale Wirkung. Bei Kooperationsprojekten arbeiten meist NROs, staatliche oder kommunale Einrichtungen und PraktikerInnen zusammen. Hierbei werden verschiedene Ansätze, bewährte Praktiken und Programme für den P/CVE-Bereich entwickelt, mit denen die Ursachen der Radikalisierung bekämpft und ihre Symptome durch eine mehrdirektionale und bereichsübergreifende Zusammenarbeit so umfassend wie möglich beseitigt werden sollen. Das Kooperationsmodell hilft den PraktikerInnen zudem, die Resilienz gegen Polarisierung und Radikalisierung im lokalen Umfeld zu erhöhen und die am stärksten gefährdeten Personengruppen zu schützen.

Ein Beispiel für solche Maßnahmen ist das polnische Projekt „CHAMPIONS“. Hauptziel des Projekts war die Einrichtung und funktionelle Unterstützung der ersten lokalen operativen Gruppe zur Prävention und Bekämpfung von Radikalisierung in Polen (in der Stadt Dąbrowa Górnicza). Auch ihre Arbeit sollte unterstützt werden, unter anderem durch mehrere Schulungen und Treffen sowie durch die Möglichkeit zur Nutzung einer Online-Plattform, die die Kooperation zwischen PraktikerInnen und Fachleuten für die Prävention und Bekämpfung von Radikalisierung erleichtert. Im Rahmen des Projekts fanden eine Reihe von Schulungen für die oben genannte lokale operative Gruppe statt, wie beispielsweise Einführungsschulungen zur Radikalisierungsprävention und -bekämpfung für SozialarbeiterInnen und Personen aus verschiedenen Bereichen der städtischen Infrastruktur (Bildung, soziale Kommunikation, Transport usw.). Mit ihnen verknüpft waren verschiedene Schulungen und Workshops, deren Ziel der Wissenstransfer und die Vermittlung von Kenntnissen über die bereichsübergreifende Zusammenarbeit auf lokaler Ebene war, um gemeinsam effektive Lösungen für die Probleme vor Ort erarbeiten zu können.

Einen etwas anderen Ansatz verfolgten die InitiatorInnen des Projekts „MONITOR Countering Radicalisation in Central and Southeast Europe through a Radicalisation Monitoring Tool“ (MONITOR Radikalisierungsbekämpfung in Mittel- und Südeuropa mithilfe eines Instruments zur Radikalisierungsüberwachung), das vom bulgarischen Center for the Study of Democracy entwickelt wurde. Ziel des Projekts war, zwei Überwachungsinstrumente für Behörden in Bulgarien, der Tschechischen Republik und Griechenland zu entwickeln, die nur über sehr begrenzte Erfahrung in der Analyse und Bekämpfung von Radikalisierung verfügen. Daher konzentrierte sich die Arbeit auf die Bereitstellung von Instrumenten, mit der die Institutionen Risikobewertungen durchführen, ein grundlegendes Bewusstsein schaffen und vorrangige Interventionsbereiche identifizieren können – was im Grunde die Basis für eine behördenübergreifende Kooperation zur Radikalisierungsprävention darstellt. Das „Framework of Radicalization Risk Indicators“ (Referenzrahmen für Indikatoren zum Radikalisierungsrisiko) bietet einen Überblick über vorhandene Ansätze und Instrumente zur Identifizierung, Überwachung und Bewertung von Radikalisierung in Europa und darüber hinaus. Es enthält ein Rahmenkonzept für Radikalisierungsrisiko- und Gefährdungsindikatoren sowie einen Leitfaden für deren Auslegung. Damit wurde der Grundstein für die Entwicklung von Frühwarnmechanismen für PraktikerInnen mit Direktkontakt in den Ländern gelegt, in denen es keine speziellen Strategien zur Radikalisierungsprävention und -bekämpfung gibt. Der Leitfaden richtet sich an politische EntscheidungsträgerInnen auf nationaler und auf EU-Ebene sowie an PraktikerInnen, die in den MOE-Staaten und darüber hinaus direkt in der Radikalisierungsprävention arbeiten. Ein wichtiges Element des Programms war die reibungslose Zusammenarbeit mit der Regierung. Auf der Grundlage des

⁽⁶²⁾ Ebd.

Rahmenkonzepts wurde ein Fragebogen zur Risikobewertung zum internen Gebrauch im bulgarischen Innenministerium entwickelt, der sich an PolizeibeamtInnen richtet.

Im Rahmen des oben genannten Projekts „MONITOR“ wurde das Konzept „Situational Assessment of Extremist Trends“ (Situationsbezogene Beurteilung extremistischer Tendenzen) entwickelt. Dabei handelt es sich um ein Instrument zur systematischen Sammlung und Analyse von statistischen Daten, Open-Source-Daten und nachrichtendienstlichen Informationen über extremistische AkteurInnen und Aktivitäten. Es wird von Strafverfolgungsbehörden und Nachrichtendiensten zur Erstellung regelmäßiger Lageberichte über die Verbreitung, die Formen und die Tendenzen von Extremismus und gewaltbereitem Radikalismus verwendet. Das auf statistischen Daten (Kernindikatoren) basierende Instrument erfasst die wichtigsten gewaltbereiten und nicht gewaltbereiten Erscheinungsformen von Extremismus, während die individuell anpassbare (qualitative) Komponente (Ergänzungsindikatoren) eine eingehende Analyse aller Facetten spezifischer Phänomene ermöglicht, die auf nationaler Ebene von Interesse sind. Die Anwendbarkeit der Methodik zur situationsbezogenen Beurteilung wurde in den drei mittel- und südosteuropäischen Ländern Bulgarien, Tschechien, Griechenland getestet. In jedem Land wurden nationale Pilotstudien durchgeführt, in denen die Datenerhebungs- und Analysekapazitäten aller relevanten nationalen Institutionen evaluiert, extremistische Tendenzen anhand der verfügbaren Daten überprüft und Empfehlungen zur Optimierung der nationalen Datenerhebungssysteme im Hinblick auf die Erstellung regelmäßiger Lagebeurteilungsberichte zu extremistischen Tendenzen formuliert wurden.

Eine ähnliche Zusammenarbeit zwischen staatlichen Einrichtungen, Fachleuten, PraktikerInnen und NROs wurde in Rumänien bei der Umsetzung der Projekte „Multi-disciplinary teams in Romanian prison system“ (Multidisziplinäre Teams im rumänischen Strafvollzugssystem) und „Training sessions on the phenomenon of radicalisation, under the aegis of the Strategy for the prevention of radicalisation in the penitentiary environment“ (Im Rahmen der Strategie für Radikalisierungsprävention im Strafvollzug durchgeführte Schulungen zum Thema Radikalisierung) praktiziert. Auf Beschluss des Generaldirektors der Nationalen Strafvollzugsverwaltung wurden 2015 in den meisten Abteilungen des Strafvollzugs multidisziplinäre Teams eingerichtet, um das Bewusstsein für potenzielle radikalierungsbedingte Gefährdungen und Ereignisse zu erhöhen bzw. diese besser zu erkennen und Reaktionsstrategien zu entwickeln. Die Teams bestehen aus jeweils einer/einem BeamtIn der zuständigen Abteilung (oder der Anstaltsleitung) und des Amts für Kriminalitäts- und Terrorismusprävention sowie einer psychologischen Fachkraft (oder einer/einem SozialarbeiterIn, wenn keine psychologische Fachkraft zur Verfügung steht). Sie haben einen Lernprozess mit Schulungen, spezialisierten Online-Schulungen und Studienmaterialien durchlaufen, die von BeamtInnen der Nationalen Strafvollzugsverwaltung bereitgestellt wurden.

Das Projekt „Im Rahmen der Strategie für Radikalisierungsprävention im Strafvollzug durchgeführte Schulungen zum Thema Radikalisierung“ kann als Fortsetzung des vorangegangenen Projekts betrachtet werden, konzentriert sich jedoch mehr im Detail auf die Implementierung von P/CVE-Prozessen, und zwar bereits in ausgewählten, speziellen Einrichtungen des Strafvollzugs. Acht Haftanstalten wurden für die Pilotphase ausgewählt, um festzustellen, wie nachhaltig die Art der Kursdurchführung für das Strafvollzugspersonal ist. Die Schulungseinheiten wurden 2019 innerhalb eines Zeitraums von zwei Monaten durchgeführt, wobei die Informationsvermittlung in Form von PowerPoint-Präsentationen und eines Kurses mit Kursmaterialien erfolgte, der das Personal mit direktem Häftlingskontakt unterstützen soll. Seit 2020 wurde die Schulung jährlich an allen rumänischen Haftanstalten abgehalten.

Bevor jedoch P/CVE-Praktiken eingeführt werden, ist es wichtig, die Gesetzgebung dahingehend zu ändern, dass sie Hetze, Diskriminierung oder extremistische Aktivitäten unter Strafe stellt. Das tschechische Projekt „Právem proti predsudkům“⁶³ verfolgt diesen Zweck. Mithilfe der Forschung, die sich auf statistische Stichproben der Bevölkerung, rechtliche Analysen und praktische Erkenntnisse aus der strategischen Prozessführung stützt, und in Zusammenarbeit mit der ProjektpartnerIn begannen die ProjektträgerInnen mit der Ausarbeitung eines umfassenden Gesetzgebungsvorschlags, der die Opfer vorurteilsmotivierter Gewalt (LGBTQ+-Personen und Menschen mit Behinderungen) rechtlich besserstellen und effektiver schützen soll. In der Slowakei ist der Ausschuss „Výbor pre predchádzanie a elimináciu rasizmu, xenofóbie, antisemitizmu“ tätig. Dabei handelt es sich um ein von Regierungsseite geschaffenes Gremium aus staatlichen und zivilgesellschaftlichen AkteurInnen, das sich gemeinsam für die Prävention und Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus einsetzt. Derzeit arbeitet der Ausschuss an der

⁽⁶³⁾ Právem proti predsudkům, <https://www.pravemprotipredsudkum.cz/language/en/about>

Erstellung eines konzeptionellen Rahmens für die Bekämpfung von Radikalisierung und Extremismus, der bis 2024 fertiggestellt werden soll.

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Alle vorgestellten Projekte hatten gemeinsam, dass sie gegen Desinformation und den Einfluss externer AkteurlInnen kämpfen. Diese Faktoren tragen zur politischen Destabilisierung, Polarisierung und zunehmenden Radikalisierung bei, d. h. zu Bedrohungen, die den Radikalisierungsprozess auf breiter Ebene beeinflussen. Sie sind Elemente eines Prozesses, der über die wachsende Tendenz zur Anwendung politischer Gewalt hinausgeht. Der Kapazitätsaufbau beschränkt sich nicht auf Einzelpersonen, sondern umfasst auch regionale und lokale Polizeieinheiten, die mit Instrumenten zur Bekämpfung des Radikalisierungsprozesses ausgestattet werden. Durch die Nutzung der Ressourcen von Institutionen, die für eine Kooperation bei der Prävention und Bekämpfung von Radikalisierungsprozessen offen sind, soll so die „immunologische“ Antwort des Organismus bzw. der staatlichen/lokalen Behörden auf diesen Prozess gestärkt werden.

Der Überblick zeigt darüber hinaus eine interessante Tendenz in den MOE-Staaten: Relativ häufig treten NROs bei der Umsetzung von P/CVE-Strategien an die Stelle des Staates. Bemerkenswert ist aber auch, dass diese einen Rahmen für die Zusammenarbeit mit öffentlichen Einrichtungen geschaffen haben und sich mit ihren Bildungsprogrammen an Polizei und SozialarbeiterInnen wenden.

Weitere Empfehlungen zur P/CVE-Arbeit in der Region

1. Die MOE-Länder sollten sich stärker an P/CVE-Aktivitäten beteiligen und diese nicht nur auf „harte“ Maßnahmen wie Spionageabwehr oder Terrorismusbekämpfung beschränken. Stattdessen sollten die sozialen P/CVE-Aktivitäten signifikant ausgeweitet werden, und zwar durch die Förderung entsprechender Maßnahmen im lokalen Gemeinwesen, die Sensibilisierung für die Radikalisierungsproblematik und sehr viel umfangreichere Kooperationen zwischen NROs und öffentlichen Einrichtungen als bisher.
2. Förderung einer verstärkten Entwicklung von Projekten, die sich primär mit P/CVE befassen
3. Verstärkter Aufbau/intensivere Förderung lokaler Projekte mit Bezug zum örtlichen Gemeinwesen
4. Förderung persönlicher Beratungsprogramme (in der Tertiärprävention, aber auch an den Schnittstellen von Primär-, Sekundär- und Tertiärprävention) als Komponente der P/CVE-Arbeit in der Region
5. Ausweitung primärpräventiver P/CVE-Aktivitäten, deren Schwerpunkt derzeit vor allem auf den Schulen liegt: Aufbau von Kooperationen mit anderen öffentlichen Einrichtungen wie Gemeindezentren, Bibliotheken, Museen, Galerien, Sozialzentren und Sportvereinen
6. Ausbau und Stärkung der Arbeit in Bildungseinrichtungen für jugendliche Strafgefangene
7. Schaffung eines stärkeren Bewusstseins für die Notwendigkeit, Hetze in den MOE-Staaten, in denen entsprechende Bestimmungen fehlen, unter Strafe zu stellen und effektiv zu ahnden
8. Verstärkte Unterstützung und Ausbau bereichsübergreifender Aktivitäten
9. Förderung der Zusammenarbeit zwischen zentralen und regionalen Behörden und NROs

Über die Verfasser:

Jacek Purski ist Politologe und Pädagoge. Er ist Vorsitzender des Institute of Social Safety – einer polnischen Experten-NRO, die sich im systemischen und akademischen Bereich sowie in Bildung und Justiz für die Prävention und Bekämpfung des gewaltbereiten Extremismus einsetzt. Seit 2017 ist Jacek Purski Mitglied des ASHOKA-Netzwerks („Ashoka Innovators for the Public Good“). Darüber hinaus ist er Mitglied des Expertenpools der Radicalisation Awareness Network Practitioners. Jacek Purski absolvierte sein Studium an der Universität für Kommunikation und Medien und am Collegium Civitas in Warschau mit einem Abschluss in Interkulturellem Integrationsmanagement. Er ist Alumnus der Leadership Academy for Poland und gibt häufig Kurse für StudentInnen in Polen und im Ausland. Darüber hinaus hat er zahlreiche Fachschulungen für PolizistInnen, Lehrkräfte und städtische BeamtInnen entwickelt.

Przemysław Witkowski, PhD, ist Forscher, Journalist und Assistenzprofessor am Collegium Civitas in Warschau. Er arbeitet mit dem „Counter Extremism Project“ (Projekt Extremismusbekämpfung) sowie dem International Center for Counter-Terrorism zusammen und ist Forschungsleiter am Institute of Social Safety. Darüber hinaus hat Przemysław Witkowski folgende Bücher verfasst: „Glory to Superman. Ideology and pop culture“ (2017), „Laboratory of Violence. Political history of the Roma“ (2020), „Fascism that is coming“ (2023) und „The Russian Party“ (2023).

Literaturverzeichnis

- o.V. *Media Freedom: Few Good Stories to Tell*. BalkanInsight, 2020. Aufgerufen am 1. November 2022, <https://balkaninsight.com/2021/04/14/media-freedom-few-good-stories-to-tell>
- o.V. *Annual review of the human rights situation of lesbian, gay, bisexual, trans and intersex people in Europe and Central Asia*. ILGA Europe, Februar 2022. Aufgerufen am 1. November 2022, <https://www.ilga-europe.org/files/uploads/2022/04/annual-review-2022.pdf>
- Ágh, A. *Declining Democracy in East-Central Europe – The Divide in the EU and Emerging Hard Populism*. Cheltenham: Edward Elgar Publishing, 2019.
- Astapova, A., Colăcel, O., Pintilescu, C. und Scheibner, T. (Hrsg.). *Conspiracy theories in eastern Europe: Tropes and trends*. London & New York: Routledge, 2021.
- Benedikter, R. und Wojtaszyn, D. Football Politics in Central Eastern Europe: A Symptom of Growing Anti-Europeanism and Anti-Globalization? *Geopolitics, History, and International Relations*, 2018, 10(1): 79–93.
- Bitušíková, A. und Chorvát, I. *Not in our town – NIOT Slovakia*. PROMISE: Website Promoting Youth Involvement and Social Engagement, Mai 2018. Aufgerufen am 1. November 2022, <http://www.promise.manchester.ac.uk/wp-content/uploads/2018/06/Not-in-our-town-NIOT.pdf>
- Čada, K. Social Exclusion of the Roma and the Czech Society in Stewart, M. (Hrsg.), *The Gypsy „Menace“: Populism and the New Anti-Gypsy Politics*. London: C. Hurst & Co., 2021, 67–80.
- Carr, J., Parnell, D., Widdop, P., Power, M.J. und Millar, S.R. (Hrsg.). *Football, Politics and Identity*. London: Routledge, 2021.
- Cholewa, M., Grzesiczak, Ł. und Tomaszewska, I. *Ukrainian refugees and disinformation: situation in Poland, Hungary, Slovakia and Romania*. EDMO, 5. April 2022. Aufgerufen am 1. November 2022, <https://edmo.eu/2022/04/05/ukrainian-refugees-and-disinformation-situation-in-poland-hungary-slovakia-and-romania>
- Claus, R. *Ihr Kampf. Wie Europas extreme Rechte für den Umsturz trainiert*. Rastede: Die Werkstatt, 13. Dezember 2020.
- DAN, *Polska spadła na 66. pozycję w rankingu wolności mediów. Najgorszy wynik w historii*. Press, 4. Mai 2022. Aufgerufen am 1. November 2022, <https://www.press.pl/tresc/70627,polska-spadla-na-66-pozycje-w-rankingu-wolnosci-mediow-najgorszy-wynik-w-historii>
- Farinelli, F. und Marinone, L. *Gewaltbereiter linker und anarchistischer Extremismus in der EU heute: Eine Analyse bestehender Gefahren und möglicher Ansätze für die P/CVE-Arbeit*. Radicalisation Awareness Network, 2021.
- Górak-Sosnowska, K. (Hrsg.). *Muslims in Poland and Eastern Europe Widening the European Discourse on Islam*. Warschau: Fakultät für Orientalistik, Universität Warschau, 2011.
- Jaskulowski, K. und Majewski, P. Populist in form, nationalist in content? Law and Justice, nationalism and memory politics. *European Politics and Society*, 2022, 24(1).
- Kahn, M., Koper, A. und Muller, R. *Insight: Weapons industry booms as Eastern Europe arms Ukraine*. Reuters, 24. November 2022. Aufgerufen am 1. November 2022, <https://www.reuters.com/world/europe/weapons-industry-booms-eastern-europe-arms-ukraine-2022-11-24>
- Kozłowski, A., *Disinformation in Poland on the war in Ukraine*. Pulaski Policy Paper, 1. Juni, Policy Paper Nr. 9, 1. Juni 2022.
- Krastev, I. *Eastern Europe's Illiberal Revolution: The Long Road to Democratic Decline*. Foreign Affairs, Mai/Juni 2018.
- Kubas, S., Illiberal Democracy in the Comparative Analysis of Hungary and Poland, *Przegląd Prawa Konstytucyjnego*, 2022, 2(66): 253–267.
- Liger, Q. und Gutheil, M. *Right-wing extremism in the EU*. Fachabteilung Bürgerrechte und konstitutionelle Angelegenheiten, Generaldirektion Interne Politikbereiche der Union, Mai 2022.

Lugosi, N. Radical right framing of social policy in Hungary: between nationalism and populism. *Journal of International and Comparative Social Policy*, 2020, 34(3): 210–233.

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, *A Whole-of-Society Approach to Preventing and Countering Violent Extremism and Radicalization That Lead to Terrorism: A Guidebook for Central Asia*. Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa: Wien, März 2020.

Pauwels, A. *Heutige Erscheinungsformen des gewaltbereiten Rechtsextremismus in der EU: Ein Überblick über Praktiken der P/CVE-Arbeit*, Radicalisation Awareness Network, 2021.

Polic, I., *Three Decades On, War's Legacy Still Overshadows Croatia*. *BalkanInsight*, 31. März 2021. Aufgerufen am 1. November 2022, <https://balkaninsight.com/2021/03/31/three-decades-on-wars-legacy-still-overshadows-croatia>

Rękawek, K. *Foreign Fighters in Ukraine. The Brown-Red Cocktail*. London & New York: Routledge, 2022.

Rękawek, K. (Hrsg.). *Western extremists and the Russian invasion of Ukraine in 2022*. New York: Counter Extremism Project, 2022.

Rose, H. *The Bratislava Attacks: Insights from the Shooter's Manifesto*. Global Network on Extremism & Technology, 14. Oktober 2022. Aufgerufen am 1. November 2022, <https://gnet-research.org/2022/10/14/the-bratislava-shooting-and-manifesto-initial-insights-and-learnings>

Shekhovtsov, A. *Russia and the Western Far Right. Tango Noir*. London & New York: Routledge, 2017.

Superwizjer TVN, „Posłuszeństwo wymusza, używając maczet i tasaków”. *Kariera Olgierda L. z Trójmiasta*. TVN, 15. November 2019. Aufgerufen am 1. November 2022, <https://tvn24.pl/polska/naziol-kibol-bandyta-olgiard-l-szef-gangow-z-trojmiasta-reportaz-superwizjera-ra985640-2296068>

Tworzecki, H. Poland: A Case of Top-Down Polarization. *The annals of the American academy of political and social science*, 2019, 681(1): 97–119.

UNODC, *The Doha Declaration: Promoting a culture of lawfulness*. Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung, 12.–19. April 2015. Aufgerufen am 1. November 2022, <https://www.unodc.org/congress/en/previous/previous-13.html>

Wennerhag, M. *Anarchists in Eastern and Western Europe – a Comparative Study*. Södertörn University, 2012–2016. Aufgerufen am 1. November 2022, <https://www.sh.se/english/sodertorn-university/research/our-research/research-database/research-projects/anarchists-in-eastern-and-western-europe---a-comparative-study>

Zhirkov, K., Verkuyten, M. und Weesie, J. Perceptions of world politics and support for terrorism among Muslims: Evidence from Muslim countries and Western Europe. *Conflict Management and Peace Science*, 2014, 31(5): 481–501.

Websites der zitierten Projekte

CEDMO, <https://cedmohub.eu/pl>

DARE, <https://cordis.europa.eu/project/id/725349>

HateFree Culture, <https://www.hatefree.cz/o-hatefree>

Hrozba Radikalizace, <https://www.fbmi.cvut.cz/cs/fakulta/pracoviste/kzooo-informace/datekce-radikalizace>

Interkulturelle Bildung durch das Fach „Kulturelles und geistiges Erbe der Region“ (CSHR), <https://www.congress-intercultural.eu/de/initiative/219-intercultural-education-through-the-subject-cultural-and-spiritual-heritage-of-the-region-cshr-.html>

КАКВО СТОИ ЗАД ДУМИТЕ НА ОМПАЗА?, <https://helphate.bg>

Media Literacy Coalition Bulgaria website, <https://gramoten.li/about-us>

Millennium Docs Against Gravity (Filmfestival), <https://mdag.pl/20/pl/warszawa/homepage>

Beobachtung von Verbrechen aus Hass gegen die Roma-Gemeinschaft mit Mentoren, <https://www.congress-intercultural.eu/de/initiative/136-romanlar%C4%B1-hedef-alan-nefret-suclar%C4%B1n%C4%B1-rehberler-ile-gozleme----prag----cek-cumhuriyeti.html>

Not Just Words, <https://glasfoundation.bg/en>

One World of People in Need (Filmfestival), <https://www.jedensvet.cz>

Právem proti předsudkům, <https://www.pravemprotipredsudkum.cz/language/en/about>

PRECObIAS, <https://www.precobias.eu>

RadCePro, <https://www.fdv.uni-lj.si/en>

Safer Internet Center Bulgaria, <https://www.safenet.bg/en>

Tęczowy piątek, <https://teczowypiatek.org.pl>

The JSNS Educational Programme of People in Need, <https://www.jsns.cz/en/home>

With Education against Radicalisation, <https://www.novinarz.online/radikalizacija-mladih.html>

Websites der zitierten Einrichtungen

Agentur für soziale Eingliederung, <https://www.socialni-zaclenovani.cz>

Centrum Wsparcia Imigrantów i Imigrantek: CWII, <https://cwii.pl>

Centar za Mirovne Studije, <https://www.cms.hr/en>

Jüdisches Museum in Prag, <https://www.jewishmuseum.cz>

Miejsce Otwarte – Centrum Integracji Międzykulturowej (Facebook-Fanpage), <https://www.facebook.com/MiejsceOtwarteWroclaw>

Multicultural Centre Prague, <https://mkc.cz/en/about>

Museum der Roma-Kultur, <https://www.rommuz.cz/cs>

Websites der zitierten NROs

Civic Resilience Initiative, <https://cri.lt/#projects>

Debunk.org, <https://www.debunkeu.org>

Demagog, <https://demagog.org.pl>

Institute of Social Safety, <https://www.fundacjaibs.pl>

Media4Change, <https://www.media4change.co>

Panoptykon, <https://panoptykon.org>

Res Publica, <https://en.respublica.lt>

INFORMATIONEN ZUR EU FINDEN

Internet

Informationen zur Europäischen Union in allen offiziellen EU-Sprachen finden Sie auf der Europa-Website unter: https://europa.eu/european-union/index_de

EU-Veröffentlichungen

Kostenlose und kostenpflichtige EU-Veröffentlichungen können Sie hier herunterladen oder bestellen: <https://op.europa.eu/de/web/general-publications/publications>. Mehrere Exemplare kostenloser Publikationen können Sie über Europe Direct oder Ihr örtliches Informationszentrum anfordern (siehe https://europa.eu/european-union/contact_de).

EU-Recht und zugehörige Dokumente

Zugang zu allen rechtlichen Informationen der EU einschließlich der gesamten EU-Gesetzgebung seit 1952 in allen offiziell vorliegenden Sprachfassungen erhalten Sie bei EUR-Lex unter: <https://eur-lex.europa.eu>

Offene Daten der EU

Das Portal zu offenen Daten der EU (<https://data.europa.eu/de>) bietet Zugriff auf Datensätze der EU. Die Daten können kostenlos heruntergeladen und genutzt werden, sowohl für kommerzielle als auch für gemeinnützige Zwecke.

Radicalisation Awareness Network

RANI

Practitioners



Publications Office
of the European Union